

bekanntlich ebenso lauten Beifall bei den willigen, als Unwilligen bei den widerwilligen Republikanern. Es kam noch im November zu zwei parlamentarischen Hauptschlachten, von denen die zweite für Thiers ausfiel. Der Sieg war beide Male nicht entscheidend; zuletzt, am 29. November, nämlich, war, und zwar nach dem Antrage des Justizministers Dufaure, eigentlich ein dilatorischer Beschluß gefaßt worden, des Inhalts, daß ein Ausschuss von dreißig Mitgliedern gewählt werden solle, der einen Gesetzentwurf zur Regelung der öffentlichen Gewalten, d. h. der Beziehungen zwischen der souveränen Nationalversammlung und dem von ihr gewählten und ihr längst über den Kopf gewachsenen Präsidenten der Republik, ausarbeiten sollte. Das war die vielgenannte Dreißiger-Commission.

Die Wahlen wurden alsbald vorgenommen, die Royalisten erhielten in der Commission ein entschiedene Mehrheit und die Arbeiten begannen. Herr Thiers, um dessen Zurückdrängung und Einschränkung es sich handelte, hatte es dabei entfernt nicht so leicht, wie Freiherr v. Kasser bei der Wahlreform. Er konnte nicht nach dem eben so bequemen, als berühmten Recepte: „Regel früh oder spät“, handeln, um „nicht nur die Opfer mancher berechtigten Interessen, sondern auch wohlgegründeter Ueberzeugungen“ (nach Dr. Herbst's Ausdruck) sich zu Füßen gelegt zu sehen. Er hatte keine Majorität vor sich, die ihre eigene Existenz von der seinigen abhängig wußte, sondern ungeduldige Fraktionen, die ihn lieber heute als morgen über Bord geworfen hätten. Dennoch siegte er zuletzt in den langwierigen und wechselvollen Commissionsverhandlungen und wird voraussichtlich auch im Plenum siegen. Den Sieg verdankt er seiner Meisterhaftigkeit in der parlamentarischen Tactik, die in der Spaltung und Eiferhuth der ihm gegenüberstehenden Fraktionen das beste Operationsfeld fand.

Thiers hatte und hat vor sich einmal die Legitimisten auf der Rechten, die auch mit seiner conservativen Republik nicht pactiren, dann die sogenannten Fusionisten und die Orleansisten im rechten Centrum, die gemäßigten Republikaner des linken Centrum, deren Mann er ist, und die Linke und äußerste Linke unter Gambetta, der Thiers' Republik wohl recht ist als Republik, aber nicht als conservative. Rechte und rechtes Centrum bildeten bisher die allerdings etwas unsichere conservativ oder royalistische Mehrheit der Nationalversammlung. Beide Fraktionen sind aber jetzt seit den mißglückten Fusionsversuchen der beiden Linien des königlichen Hauses von Frankreich mehr als je gespalten. Die Orleansisten hat Thiers vorläufig für sich gewonnen, ihre Führer, die Herzoge von Broglie und Audiffret-Pasquier, haben zuletzt mit der Regierung den in Verhandlung stehenden Commissionsbericht ausgearbeitet. Das linke Centrum ist zum Voraus für Thiers, und die Linke ist ihm nach einigen Schwankungen und Regungen des Mißtrauens in den letzten Tagen auch gewonnen worden, so daß ihm der parlamentarische Sieg, den er übrigens auch durch persönliches Auftreten entschieden und vervollkommen will, nach allgemeiner Berechnung gesichert scheint.

Der Dreißiger-Ausschuss nahm, nachdem bereits der Bruch zwischen ihm und der Regierung definitiv zu sein schien, noch in zwölfter Stunde ein vom Justizminister Dufaure ihm vorgelegtes Amendement an, das folgendermaßen lautet: „Die National-Versammlung wird nicht auseinandergehen, ohne zuvor verfügt zu haben: 1. über die Organisation und die Uebertragungsart der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt; 2. über die Einführung einer zweiten Kammer; 3. über das Wahlgesetz (wobei es sich um eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts handelt, ein Hauptanstoß für die Linke). Ferner adoptirte der Ausschuss ein im Sinne der Regierung von einem seiner Mitglieder gestelltes Amendement, wonach die Regierung beauftragt wird, die vorbezeichneten Gesetzentwürfe auszuarbeiten und der National-Versammlung vorzulegen. Die anderen Anträge des Ausschusses betreffen den Verkehr des Präsidenten Thiers mit der National-Versammlung und die Ministerverantwortlichkeit. Das sind die Anträge, die gegenwärtig in Verhandlung stehen.“

Aus dem ungarischen Reichstage.

Budapest, 1. März. Der Samstag ist im Abgeordnete-n-hause gewöhnlich den Petitionen geweiht. In der heutigen Sitzung wurde auch eine Serie derselben vorgenommen und ohne bemerkenswerthen Zwischenfall erledigt.

Dann wurde die Wahl von 6 Mitgliedern, um welche die Finanz-commission wegen der sich häufenden Agenden verstärkt werden soll, und von 15 Mitgliedern für die zur Prüfung der Strafprozessordnung zu entsendenden Commission vorgenommen. Die folgenden dürften gewählt worden sein: In die Fünfzehnercommission: Michael Besan, Karl Götvos, Julius Svörffy, Rudw. Horvath, Balthazar Horvath, Emerich Hodosy, Paul Hoffmann, Ferdinand Horanthy, Adam Lazar, Karl Madas, Etel Matolay, Joh. Peczoly, Bela Perczel, Dezider Szilagyi, Jos. Widliczky. Finanzcommission: Max Falk, Georg Molnar, Paul Moriz, Alexander Muzslav, Thaddäus Prilekty, Ernst Simonyi.

Diese Listen zeichnen sich durch eine bisher noch nicht dagewesene volle Berücksichtigung aller politischen Parteien aus. Das Resultat der Wahl soll offiziell erst am Montag kundgegeben werden.

Sodann legt Ministerpräsident Szlavay den Bericht des Staatsrechnungshofes über die, den Staat belastenden Pensionen und die Bemerkungen, welche das Ministerium an diesen Bericht knüpft, vor.

Gleichzeitig zeigt er dem Hause an, daß der Staatsrechnungshof

bei dem Ministerium auch den Bericht über die systematische Regelung seiner eigenen Manipulation und der gesammten Staatsbuchhaltung vorgelegt habe. Allein dieser Bericht muß, bevor er vordr Haus gelangt, von den Buchhaltungs-Abtheilungen aller einzelnen Ressorts verathen werden, damit auch das Ministerium hinsichtlich dieses Gegenstandes seine Ansichten aussprechen könne. Redner bittet daher, das Haus möge von seinem gefaßten Beschlusse, wonach das Ministerium diesen Bericht noch im Laufe dieser Session vorzulegen habe, absehen und der Regierung gestatten, den Bericht erst zu Beginn der nächsten Session vorlegen zu dürfen.

Hierauf setzte das Haus mit ziemlicher Raschheit die Beratung über das Kultus- und Unterrichts-Budget fort.

Ungarn.

Hermannstadt, 4. März. „Telegrafulu Romanu“ bringt an der Spitze seiner vorgelegten Nummer folgenden „Ausruf an die romanische Intelligenz des Königsbodens“:

„Nachdem in Folge der von einigen Romanen proklamirten Passivität unser romanisches Volk auf dem Königsboden ohne Vertreter im gesetzgebenden Körper geblieben ist, die in das Interesse der romanischen Bevölkerung dieses Bodens tief eingreifende Angelegenheit der munitipalen Regelung des Königsbodens aber in nächster Zeit im ungarischen Reichstage zur Verhandlung gelangt, haben wir uns veranlaßt gefunden, die Initiative zu einer Berathung zu ergreifen, welche am 1/3. März l. J. in Hermannstadt abgehalten werden soll, zu der wir die romanische Intelligenz aus den Munitipien des Königsbodens hienit brüderlich einladen.“

Zweck derselben wird die Vorbereitung einer Repräsentation sein, behufs Information der hohen k. u. Regierung und des gesetzgebenden Körpers Ungarns über unsere gemeinschaftlichen Interessen. — Hermannstadt, 16/28. Februar 1873. — Für das National-Komitee: Dr. Johann Borcia.“

Hermannstadt, 4. März. (Ungarische Journalisten über den Gesetzentwurf, betreffend die Organisation des Königsbodens.) „Kelet“ sagt seine Betrachtungen über den Gesetzentwurf, betreffs Organisation des Königsbodens fort: Er findet die im §. 1 enthaltenen und im §. 10 ergänzten Bestimmungen vollkommen korrekt, weil dem Minister das mit Verantwortung verbundene Aufsichtrecht, der gesetzgebenden Gewalt hinwieder das Recht der endgiltigen Bestätigung gewahrt, den Wünschen der betreffenden Stühle bezüglich ihrer Vereinerung während und nach der Organisation ein freier Spielraum eröffnet ist.

Ueberhaupt hebe diese Verfügung des Gesetzentwurfes die bisherige Sonderstellung des Königsbodens auf und lasse die Durchführung durch kompetente legale Organe vollziehen.

Doch wünschte „Kelet“ anstatt des Ausdruckes: „auch künftighin“, am Schluß des §. 1 eine klare Formulirung, damit jener Ausdruck den Mißhagen nicht zu falscher Auslegung und zu der Hoffnung Gelegenheit biete, als sei die ungarische Gesetzgebung geneigt, die Sonderstellung des Königsbodens auch nur teilweise aufrecht zu erhalten.

Das §. 10 den Weg offen läßt, damit Stühle mit geringerer Bevölkerung und Ausdehnung sich miteinander vereinigen können, hält „Kelet“ für eine heilsame und den Gesetzen entsprechende Maßnahme. „Kelet“ hält die Bestimmung des §. 2, wonach die Städte eine Jurisdiktion mit dem Stuhle oder Distrikte bilden sollen, auf dessen Gebiete sie liegen, gleichfalls für eine richtige Maßnahme und wünschte, daß auch in den übrigen Theilen des Landes die kleineren Städte den Jurisdiktionen einverleibt werden und insoweit die eine oder andere Stadt Agenden, welche nur die Stadt betreffen, hätte, so könnten dieselben ohne Schwierigkeit gewährleistet werden; dabei würde das gewerbliche und bürgerliche Element einen nützlichen Faktor abgeben, wenn es mit der Bevölkerung der ungarischen und Szekler Jurisdiktionen verschmolzen würde.

Den §. 3 anbelangend, rühmt „Kelet“, daß der Gesetzentwurf 42 vom Jahre 1870 vollständig auch auf die Jurisdiktionen des Königsbodens ausgedehnt wird und findet, daß die Einführung des Ueberge-spannantes dem Hauptprinzipe, nämlich der homogenen Organisation, theilweise genüge.

Aber nicht ganz korrekt findet es „Kelet“, daß an die Spitze aller Jurisdiktionen des Königsbodens der sächsische Komcs gestellt wird, — nicht korrekt deshalb, weil ein Mensch nicht im Stande sein wird, in den Jurisdiktionen, von welchen drei an verschiedenen drei Grenzen Siebenbürgens liegen, die Geschäfte des Ueberge-spanns zu bewältigen; denn das dem sächsischen Gespan beigegebene Hilfspersonale könne leicht zu einer bürokratischen Körpererschaft ausarten, wozu sich übrigens auch heute noch auf dem Königsboden große Neigung zeige, dann weil, wenn die Kontrolle der öffentlichen Verwaltung des Königsbodens theilweise emporebleibt, das in gewissen Maße doch eine „Sonderstellung“ wäre.

Eben deshalb, meint „Kelet“, wäre es vielleicht passender, so wie es mit den Städten geschah, mehreren Stühlen einen Ueberge-spann zu geben, aber nicht Allen nur Einen, dafür den sächsischen Komcs an der Spitze der Universität zu belassen.

„Kelet“ hält die Belassung einer und derselben Person an der Spitze der Universität und der einzelnen Jurisdiktionen schon deshalb

Saalcs und tanzten einen Cancan. Alle Anderen stellten sich auf Tische und Stühle und sahen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit zu. Zum Schluß wurde übermäßig applaudirt. Da aber das Vergnügen des Abends offenbar seinen Kulminationspunkt erreicht hatte, so verließen wir, sehr wenig befriedigt, das Lokal. Unser Führer konnte uns freilich in unserm Urtheil über die Kunstleistungen nicht Unrecht geben und brachte uns am nächsten Abend in ein Café, das in einem abgelegenen Viertel von Madrid lag. Hier fanden wir außer einigen Mann von der Sicherheitswache nur noch einige Caballeros von sehr verdächtigen Aussehen und ein Droschker der eigenthümlichsten Art. Auf einem Podium saßen nämlich vier junge Männer, von denen der eine eine Cadenz sang, die sich mit geringen Abweichungen stets wiederholte, während ein anderer dazu in die Guitarre schlug, der dritte mit einem Stoc auf die Erde stampfte und der vierte in die Hände klatschte. Zu diesem Konzerte tanzte ein junges Mädchen, das vor ihnen stand. Sie behaupteten, als wir uns während einer Pause mit ihnen in ein Gespräch entließen, das Ganze wäre biscavisch; ich glaube, daß es maurischen Ursprungs war. Jedenfalls fanden wir insofern unsere Rechnung, als wir etwas sehr Originelles zu sehen bekamen.

Notizen.

(Eine Szene in der Menagerie.) Aus Bosen, 24. Februar, wird geschrieben: Als heute Morgens ein zweiundzwanzigjähriges Mädchen in der hier seit einigen Wochen stehenden Winkler'schen Menagerie die Reinigung der Käfige besorgen half und rückwärts gewendet mit ihrem Kopfe dem Käfig des Leoparden zu nahe kam, schlug dieser mit der Tazge hinaus und packte das Mädchen bei den langen Haaren; dabei schlugen die Krallen des Raubthieres tief in die Stirn des Mädchens ein. Dieses griff nun mit der rechten Hand herum, um sich zu befreien, was ihr auch insoweit gelang, als der Leopard den Kopf losließ und die Hand ergriß und zerriß. Der Kopf ist von der Stirn an förmlich kaltpirt. Die Ohnmächtige wurde sofort in ärztliche Pflege gegeben.

für schädlich, weil es viele Gegenstände gibt, bei welchen die Unidertität als solche und auch die einzelnen Jurisdiktionen ein abweichendes Interesse haben.

Bezüglich des §. 4 ist „Kelet“ durchaus kein Freund von Modifikationen, welche mit den Interessen der ungarischen Staatseinheit und der politischen Verwaltung kollidiren, aber innerhalb dieses Rahmens erachtet er es als keinen zweckwidrigen Vorgang, wenn die Interessen der einzelnen Gebiete berücksichtigt werden und, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, verspricht er, die weiteren Paragraphe einer Kritik zu unterziehen.

Pest, 1. März. Deaf ist unwohl. Man schreibt dies der Aufregung zu, in welche der alte Herr gerathen ist, als er in der Klub-sitzung die Opposition mehrerer Partei-Mitglieder gegen die Steuerer-lagen bekämpfte. Deaf soll gesagt haben: So lange er lebe, lasse er Szlavay nicht durch Intriganten oder Rabulisten stürzen.

Wien, 2. März. Die Vermählung der Erzherzogin Gisela wird definitiv am 20. April stattfinden. Am 17. gibt die Kommune das große Fest, am 18. ist die Galaverstellung im Hofoperentheater, am 19. Hofkonzert im Redoutensaal am 20. Abends die Trauung in der Auguinerkirche, Rundfahrt durch die Stadt, 21. Abreise nach München.

Die Meldung französischer Blätter über Veränderung in der diplomatischen Vertretung Oesterreich-Ungarns in Paris und London sind vollkommen unbegründet.

Wien, 3. März. Die „Montagsrevue“ hält ihre Meldung von der Theilnahme des Baron Sennow an den Konferenzen der Feudalen aufrecht, gesteht aber zu, Graf Clam-Martiniß sei erst nach der Abreise Sennow's eingetroffen.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses zog Kuranda seinen Antrag auf die abgeordnete Wahl zweier kemberger Abgeordneten zurück, nachdem die Regierung sich dagegen ausgesprochen hat, sodann wurde das Einführungs-gesetz angenommen.

Wien, 3. März. Die „Wiener Abendpost“ ist in der Lage, zu erklären, daß die Reise des Krakauer Bezirkshauptmannes Bobowski nach Wien durch persönliche Angelegenheit hervorgerufen wurde und die Nachricht von antlicher Berufung desselben sammt allen Folgerungen unrichtig ist.

Graz, 1. März. Heute fand hier eine zahlreich besuchte Pen-sionistenversammlung statt, welcher Major Gutler präsidirte. Die Debatten trugen einen ruhigen Charakter. Man war einzig über die Nothwendigkeit eines entscheidenden Vorgehens in der die Pensionisten betreffenden vitalen Frage. Morgen geht eine Denkschrift an das Abgeordnetenhause ab, welches übrigens, wie aus Abgeordnetentreisen verlautet, einer Er-höhung der Ruhegehälter der Militärs ohnehin nicht abgeneigt ist. Die Denkschrift sucht hauptsächlich die Einwendungen Giska's zu widerlegen.

Prag, 3. März. Im Prozeß Streichow'sk bestragte der Staatsanwalt die Verurtheilung beider Angeklagten wegen Betrages zu fünfjährigem mit Faßten verschärften schweren Kerker.

Ausland.

Berlin, 28. Februar. Das Abgeordnetenhause bewilligte mit sehr großer Majorität die Etatpost für Synodalzwecke, nachdem der Kultusminister seinen Plan über die Herausbildung der evangelischen Kirchengewerfassung auseinandergesetzt hatte. Danach soll zunächst die Um-bildung der Gemeinde-Kirchenräthe und die Neubildung der Kreis-synoden unter Heranziehung der Laien erfolgen, woraus die Provinzial-Synode hervorgeht. Aus der Provinzial-Synode bildet sich die Landes-Synode, welche mit dem Ober-Kirchenrathe die Kirchengewerfassung stellt. Die Vermögensfrage und die anderen Angelegenheiten sollen gleichmäßig mit Beihilfe des Landtags geregelt werden. Die jetzige Etatpost ist nur für Synodalzwecke in den alten Provinzen bestimmt.

Berlin, 28. Februar. Durch das Reichskanzler-Amt vorge-nommene statistische Ermittlungen über die Ausführung des Jesuiten-Gesetzes ergaben, daß in Preußen nur wenige Jesuiten-Niederlassungen existiren. Die in Baiern und Elsaß-Lothringen bestehenden Nieder-lassungen wurden sämtlich aufgelöst; dagegen bestehen noch elf Katego-rien von verwandten Orden und Congregationen mit verzweigten Nie-derlassungen und vielen Mitgliedern. Der Justiz-Ausschuss ist mit der Frage beschäftigt, wie weit das Jesuiten-Gesetz auf diese anwendbar ist, da die Ansichten in Regierungskreisen darüber sehr abweichend sind.

Das Reichstagsmitglied Sonnemann wird nach Konstitution des Reichstages die Freilassung Bebel's während der Reichstags-Session be-antragen.

Berlin, 1. März. Der allgemeine Droschkenstreik in Folge des neuen Reglements hat heute begonnen; nur vereinzelte Droschken sind auf den Halteplätzen sichtbar.

Berlin, 1. März. Durch den heute Nachmittags verurtheilten Urtheilspruch in der Untersuchung wegen der im Juli v. J. verübten Ermorde wurden von sämtlichen Angeklagten 4 freigesprochen und 33 wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu Zuchthaus und Gefängnis-strafen von 4 1/2 Jahren im Maximum bis zu zwei Monaten im Mini-mum verurtheilt. Die Geschworenen, 14 Tage in dieser Sache thätig, beschloßen, ein Begnadigungsgesuch wegen Umwandlung der Zuchthaus-strafe in Gefängnisstrafe einzulegen.

Berlin, 1. März. Das Abgeordnetenhause hat in dritter Lesung der zweiten Berathung den Gesetzentwurf über Aenderung der Verfassungs-Artikel XV und XVIII angenommen und das ganze Gesetz in definitiver Schlußabstimmung bei Namensaufruf mit 228 gegen 108 Stimmen ge-nehmigt.

Berlin, 1. März. Die Kreuzzeitung meldet: General-Poi-director Stephan beabsichtigt ein Gesamtbild der deutschen Tages-Lit-eratur bei der Wiener Ausstellung zu geben und zu diesem Zwecke alle politischen und nichtpolitischen Zeitungen und Journale ohne Unterscheid in eine Sammlung zu vereinigen. Im Interesse der Uebereinstimmung sind überall die Zeitungsnummern vom 22. März hiezu bestimmt.

Leipzig, 28. Februar. Der Ausschuss des hiesigen Buchdrucker-vereins erhielt die Anzeige, daß die geistliche Versammlung des Breslauer Local-Buchdruckervereins die strengste Ausführung der Vereinsanordnung wegen allgemeiner Kündigung an alle dem Verbande angehörigen Drucker-gesellschaften am 5. März beschloß und sich hiezu schriftlich verpflichtete. Die-mem Beschlusse trat nur die dortige Genossenschafts-Druckerei, welche sechs Gesellen beschäftigt, nicht bei.

Strasburg, 28. Februar. Der Professor der Theologie Sa-batius, der in zwei Vorlesungen zu Bilsweiler und Markisch die deut-schen Frauen zu verunglimpfen suchte, erhielt die Weisung, binnen 48 Stunden Elsaß-Lothringen zu verlassen.

Paris, 28. Februar. Die „Union“ veröffentlicht eine Procla-mation Alphon's, Bruders Don Carlos', in welcher derselbe die spanische Armee auffordert, sich mit den Carlisten zu vereinigen, und allen Of-fizieren einen höheren Grad verspricht. Dasselbe Journal versichert, daß die Streitkräfte der Carlisten sich auf 35,000 Mann belaufen.

Berlins, 28. Februar. (Sitzung der Nationalversammlung.) Der Minister des Innern legt einen Gesetzentwurf vor, wonach die Stadt Lyon in 36 Wahlbezirke und 6 Arrondissementen eingetheilt wird. Die Dringlichkeit dieses Gesetzentwurfes wird angenommen.

In fortgesetzter Berathung über die Anträge der Dreißiger-com-mission spricht zuerst Gambetta. Derselbe bezeichnet den Commissions-Entwurf als kindisch und gefährlich. Die Nationalversammlung habe

keine konstitu-
Republik oder
zweiten Kam-
lung; eine U-
publikanische
Er weise die
mokratie zu
Die be-
gegen die Au-
vernehmen er-
weiten neutra-
nicht aufgeben
zugreifen. Er
im beschränkte
Er hoffe, die
fügen, die be-
sion scheitern.
Zu de-
Regierung in
Vaboula-
blit Gambetta
stügt die Ger-
Briffon-
rung aufläre
Thiers-
rungen geben.
Carodde
raldebate sein
Der be-
und die Sign-
Berje-
der National-
Gerichtswise
entwurf der
tarischen Kri-
Bayon-
ihren Kindern
Certe,
lena Lomand-
Bern,
Initiativ-Bege-
sefertige auf-
gerung wegen
ferenz zur Ver-
Regierungsbe-
stimmung mit
Kom-
putation. Da
Adresse, in we-
ausdrücken. I-
beten, das so
von Gott ge-
beten, aber er
Jener zuwend-
hängen soll, n-
Kom-
ist hier einver-
Handelsvertra-
Man ver-
dinal zu erin-
Kom-
Weltanschauung
vertreten lasse
Dauer der Au-
Lond o
Realien ver-
ferm. Einzel-
das Gesetz ver-
Der ver-
bis 11. März
Das Be-
besuchte ihn H-
Lond o
Den Wort, I-
Die kath-
mentsmitglieder
der irischen G-
Die fran-
von Gady im
Grund gebore-
Lond o
nete Graf Hen-
lungen mit 34
ändern bestie
Beide Regierung
des englischen
Mad r
ohne Zweifel
Puerto-Rico fe
Die Ad-
Carlisten werd
halten geschlag
Mad r
Million Fran-
an der Welt
At h n
Sangros und
Besitzungen, se-
schaft als über
Frankreichs im-
men werden.
Konst-
derungen im
stelt. Beinal
bulgarischen G-
Konst-
Heute zerfallt
wurde, das G-
Es a s b
großer Majori-
der Repräsent-
zum Credit U-
scheinlich wird
verfirt werden.
In Hof-
redirt und sie
Träumern n-

gibt, bei welchen die Universität... keine konstituierende Gewalt. Das Land müsse wissen, ob man es zur Republik oder Monarchie führe.

Neuport, 28. Februar. Der Senat entschied zu Gunsten der... Rio de Janeiro, 5. Februar. Der Minister des Aeußern hat seine Demission gegeben und wurde durch den Vicomte Caravellas, der Minister für öffentliche Arbeiten, welcher gleichfalls demissionirte, durch den Deputirten Pereira ersetzt.

Neuport, 28. Februar. Der Senat entschied zu Gunsten der... Rio de Janeiro, 5. Februar. Der Minister des Aeußern hat seine Demission gegeben und wurde durch den Vicomte Caravellas, der Minister für öffentliche Arbeiten, welcher gleichfalls demissionirte, durch den Deputirten Pereira ersetzt.

(Gut definit.) Auf dem Berliner Kriminalgericht wurde dieser Tage ein Angeklagter gefragt, ob er verheiratet sei, was derselbe verneinte.

Öffentliche Vorträge.

Zum Besten des Unterstützungsvereins für hilfsbedürftige Rechtslehrer werden im Saale „zum römischen Kaiser“ folgende öffentliche Vorträge gehalten, und zwar: I. Montag, den 10. März, von Professor Friedrich Schuler von Viblow: „Bilder aus Christenthum und Islam in alter Zeit.“

Das Komitee des Unterstützungsvereins hilfsbedürftiger Rechtslehrer.

Verzeichniß

- über die beim kön. Gerichtshof Hermannstadt im Monate März 1873 abzuhaltenden öffentlichen Schlussverhandlungen. Am 1. März gegen Frau Moise wegen Diebstahl.

Geschäftsbericht.

Hermannstadt, 4. März. Heute war der Römermarkt wieder sehr stark mittelmäßig, mit Weizenorten jedoch ganz schwach und beinahe gar nicht befahren; der Locobedarf konnte in dieser Gattung nicht einmal annäherungsweise gedeckt werden.

Mittheilungen aus dem Publikum.

Dem P. T. Publikum können wir zur jetzigen Jahreszeit, wo Keller und Fruchtböden mit Wintervorrath gefüllt sind und das Lugezieser, in den Häusern sich einmischen, Schaden anrichtet, nicht warm genug das echte Arcanum zur Ausrottung der Ratten, Mäuse, Fledmäuse und Schaben anempfehlen; dasselbe ist einzig und allein zu haben in der Handlung der Herren J. B. Miffelbacher & Söhne in Hermannstadt und Schäßburg.

Telegramme

„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“

Stockholm, 4. März. Der Herzog von Dalecarlien ist gestorben. Bukarest, 4. März. Die Kammer verwarf mit 45 gegen 40 Stimmen das von den Sektionsdelegirten vorgelegte Projekt bezüglich der Eisenbahnanschlüsse an Oesterreich-Ungarn.

Die unklare Fassung der uns zugesetzten Original-Telegramme lautet kühnlich: Stockholm. Herzog Dalecarlien ist gestorben. Bukarest. Bernarfi 40 gegen 45 von Sektionsdelegirten vorgelegtes projekt Eisenbahn Anschlüsse Ungarn.

Freudenliste.

Angelommen am 4. März 1873: Hotel P. Neurhrer. A. Herich, aus Mediasch; Ribely, Rejender, aus Wien; J. Claas, aus Pest; G. Thuri, Obergepan, aus Sarombel; Jansch Keusch, aus Leschitz.

Table with 3 columns: Item, Price, and Location. Includes entries like 'Metallwaare', 'National Anlehen', 'Kronen-Anlehen', 'Silber', 'Kreditanlehen', 'London'.

